

Menschenrechtssituation in Liechtenstein erneut beleuchtet

Statusbericht Regierungsrätin Aurelia Frick stellte gestern den zweiten Bericht zur Menschenrechtssituation in Liechtenstein vor. Rund 80 verschiedene Themen sollen Handlungsfelder aufzeigen.

VON HOLGER FRANKE

«**S**chützen wir die Menschenrechte aller in Liechtenstein wohnhaften Personen umfassend genug?» Diese Frage stellte Regierungsrätin Aurelia Frick gestern vor den Medien. Dies ist längst nicht die einzige Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt: «Gibt es Bereiche, in denen - ohne dass wir es beabsichtigen - bestimmte Rechte gefährdet sind? Kommen wir dem Prinzip der Gleichbehandlung für alle in Liechtenstein wohnhaften Personen nach? Welche Massnahmen können wir treffen, um den Menschenrechtsschutz voranzutreiben und das Risiko für Menschenrechtsverletzungen zu vermindern?», so Frick weiter.

Analyse von rund 80 Themen

Wer an Menschenrechtsverletzungen denkt, hat häufig weit entfernte Länder im Sinn. Dabei wird oft vergessen, dass es Menschenrechtsverletzungen auch hierzulande gibt. Menschenrechtsschutz heisst vor allem, dass Recht aller Menschen, ungeachtet ihrer Herkunft, ihrer Sprache, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer politischen oder religiösen Haltung auf ein würdevolles Leben anzuerkennen, betonte Aurelia Frick und erinnerte an ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit: «Ich bin stolz darauf, dass die liechtensteinische Bevölkerung mit der Annahme der Partnerschaftsgesetzes vor einigen Wochen diese Anerkennung des Anderen eindrücklich demonstriert hat.» Der gestern veröffentlichte

«Der Bericht bietet die Grundlage für die Einleitung von allenfalls notwendigen Massnahmen.»

AURELIA FRICK
REGIERUNGSRÄTIN



Regierungsrätin Aurelia Frick und Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts und Forschungsleiter, stellten gestern den aktualisierten Bericht zur Menschenrechtssituation in Liechtenstein vor. (Foto: Paul Trummer)

zweite Bericht zur Menschenrechtssituation in Liechtenstein soll helfen, weitere Handlungsfelder aufzuzeigen. Unter der Leitung von Wilfried Marxer hat das Liechtenstein-Institut zu mehr als 80 menschenrechtsrelevanten Themen Daten und Fakten zusammengetragen, die zum Teil langjährige Entwicklungen aufzeigen. «Dadurch vermittelt der Bericht grundlegende Informationen für die Einschätzung und die langfristige Beobachtung der Menschenrechtssituation in Liechtenstein», so Aurelia Frick. Auf rund 120 Seiten wird ein umfangreicher Überblick über die verschiedensten Lebensbereiche aufgezeigt: Zusammensetzung der Bevölkerung, Ausländeranteil, zahlreiche Aspekte zur Bildung, Beschäfti-

gungsfragen, soziale Aspekte wie Arbeitslosigkeit, Altersvorsorge oder auch das Scheidungs- und Erbrecht, Gesundheitsfragen, die Situation von Menschen mit Behinderung, Politik, Justiz und Integration - um nur einige Beispiele zu nennen. Was der Bericht jedoch nicht nennt, sind konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen. Auch Interpretationen werden weitestgehend vermieden. So wird beispielsweise festgestellt, dass Erwerbstätige mit liechtensteinischer Nationalität oder mit Herkunft aus Nord- und Südeuropa deutlich weniger von Arbeitslosigkeit betroffen sind, als Ausländer mit anderer Nationalität. Liegt hier automatisch eine Diskriminierung vor, oder könnte dies auch andere Ursachen haben? Und welche weiteren Schritte sind geplant, um hier Abhilfe zu schaffen? Zu diesen Fragen enthält der Bericht keine Angaben. Im Hinblick auf die Frauen in der Politik wird rein statistisch fest-

gehalten, dass diese untervertreten sind und es bekanntlich Bemühungen gibt, die Stellung der Frauen in der Politik zu stärken. Allerdings ist auch bekannt, dass es die Parteien durchaus nicht immer leicht haben, Frauen für die Politik zu motivieren, wie die Parteipräsidenten bereits eingeräumt haben.

Grundlage für mögliche Massnahmen

Auf jeden Fall zeigt der Bericht zahlreiche Lebensbereiche, in denen es grundsätzlich Menschenrechtsverletzungen geben könnte. Wenn sie als solche erkannt werden, könnten diese Daten dann auch zur Lösung etwaiger Probleme dienlich sein. «Der Bericht bietet die Grundlage für die Einleitung von allenfalls notwendigen Massnahmen», zeigte sich Regierungsrätin Aurelia Frick gestern überzeugt.